

**Antrag 7/I/2021**

**SPD-Bezirk Hannover**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Den mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Union gestalten – EU-Förderung für Niedersachsen sichern**

1 Die SPD fordert die Bundesregierung und die EU-Kommission auf, den neuen mehrjährigen Finanzrahmen  
2 so zu gestalten, dass die neuen Aufgaben der EU dabei berücksichtigt werden und Kohäsionsmittel sowie  
3 Strukturfonds weitergeführt werden. Der Vorschlag der Kommission, den Gesamtansatz auf 1,11 Prozent des  
4 Bruttonationaleinkommens (BNE) zu erhöhen, ist dabei die unterste Möglichkeit und ist zu unterstützen.

5

6 **Begründung**

7 Angesichts neuer Aufgaben auf europäischer Ebene (wie zum Beispiel des Green Deals, PESCO etc.) und  
8 der Herausforderung des Brexit stellt die Planung des Mehrjährigen Finanzrahmens eine besondere Her-  
9 ausforderung dar. Wir wollen die EU finanziell stärken, damit sie ihre Aufgaben besser wahrnehmen kann.  
10 Deutschland ist ein Nettogewinnerland der europäischen Integration. Auch Niedersachsen profitiert maß-  
11 geblich von der EU-Förderung. 5.000 europäisch getragene Projekte profitieren in Niedersachsen von EU-  
12 Fördermitteln. 2014 bis 2020 fließen 2,1 Milliarden Euro an europäischen Fördermitteln in niedersächsische  
13 Förderprogramme. Viele Projekte werden mit durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EF-  
14 RE), den Europäischen Sozialfonds (ESF) sowie den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung  
15 des ländlichen Raums (ELER) finanziert. Dies sollte auch zukünftig möglich sein.

16 Der Erhalt der EU-Fördermittel sowie die Weiterentwicklung der Europäischen Union kann nur gelingen,  
17 wenn Gesamtansatz des europäischen Haushaltes für die nächsten Jahre moderat erhöht wird und gleich-  
18 zeitig neue Eigenmittel eingeführt werden. Deswegen haben SPD und die Union im Koalitionsvertrag fest-  
19 gelegt, dass die Bundesrepublik bereit ist einen höheren Beitrag zum EU-Haushalt zu leisten. Der Vorschlag  
20 der EU-Kommission zeigt mit einem Ansatz von 1,11 Prozent BNE einen gangbaren Weg. Dieser Vorha-  
21 ben muss bei den weiteren Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen auch bei den anderen EU-  
22 Mitgliedstaaten durchgesetzt werden.

23 Es müssen außerdem dringend neue EU-Eigenmittel eingeführt werden. Dabei befürworten wir auch spezi-  
24 fische Haushaltsmittel für wirtschaftliche Stabilisierung und soziale Konvergenz und für die Unterstützung  
25 von Strukturreformen in der Eurozone, die Ausgangspunkt für einen künftigen Investivhaushalt für die Eu-  
26 rozone sein können. Deswegen muss weiterhin an der Einführung einer europäischen Digitalsteuer und  
27 einer Finanztransaktionssteuer gearbeitet werden.

28 Zum neuen EU-Haushalt gehören auch zweckmäßige Sparmaßnahmen, die von der EU-Kommission aus-  
29 zuarbeiten sind. Damit soll der Wegfall der britischen Mittel durch die Konzentration auf wesentliche Auf-  
30 gaben komplett ausgeglichen werden.

31 Die Europäische Union ist eine Wertegemeinschaft. Die EU-Mitgliedstaaten, bei denen regelmäßige Vorstö-  
32 ße gegen die fundamentalen Werte der Europäischen Union festgestellt werden, dürfen nicht in gleichem  
33 Maße von den EU-Fördergeldern profitieren. Deswegen muss die Bundesregierung sich dafür einzusetzen,  
34 dass ab dem nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen entsprechend des Verordnungsvorschlags der Kommis-  
35 sion EU-Mittel in substantiellem Maße einbehalten werden, falls festgestellte Mängel bei der Rechtsstaat-  
36 lichkeit in den Mitgliedstaaten vorliegen.

37

**Empfehlung der Antragskommission**

Erledigt durch Beschluss über mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 der EU